

Informationen aus dem **L a n d t a g**

Juli 2021



**GRÜN.
KOMMT**



Liebe Freundinnen und Freunde,

„Meilenstein“, „Paukenschlag“, „historisch“ – der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz ist all das. Die Richter*innen haben die Generationengerechtigkeit in den Fokus gerückt und sie haben klargestellt, dass, wer das Klima schützt, die

Freiheit schützt. Klimaschutz kann man weder nebenbei erledigen, wenn es gerade passt, noch darf man ihn einfach den kommenden Generationen aufbürden. Die Entscheidung des Gerichts ist auch eine klare Absage an die ambitionslose Klimaschutzpolitik der Regierung Laschet. Derzeit werden viel zu hohe Emissionsminderungslasten unumkehrbar auf die Zeit nach 2030 verschoben. Deshalb muss auch in NRW dringend gehandelt werden. Die gute Nachricht: Wir können das. Es ist technisch machbar, NRW bis 2040 klimaneutral zu machen. Das belegt eine umfassende Machbarkeitsstudie im Auftrag der GRÜNEN-Landtagsfraktion. Sie zeigt, wie Klimaschutz im Industrieland NRW gelingen kann. Mehr Grün in unseren Städten, mehr Wald in ganz NRW, Unterwegsein mit Bus, Bahn und Rad, weniger Energieverbrauch in Wohnungen und Häusern, eine klimaneutrale Wirtschaft, in der Abfall die Ausnahme ist, Energie ohne fossile Brennstoffe – all das und mehr ist möglich, um Wohlstand, Freiheit, Lebensqualität für uns, unsere Kinder und Enkelkinder zu sichern.

Die Studie liefert einen Fahrplan für jeden Sektor, um auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Ein solcher Plan wäre Aufgabe von Schwarz-Gelb gewesen. Aber statt die eigenen Versäumnisse beim Klimaschutz einzuräumen, gab es von der Landesregierung absurderweise sogar Applaus für die gerichtliche Abmahnung der bisherigen Klimapolitik in Deutschland – ganz so, als sei ambitionierter Klimaschutz ihre Herzenssache, der sie sich nun endlich widmen dürfe. Konkrete Schritte bleibt sie aber seit Jahren schuldig – wie das Beispiel Abstandsregeln für Windenergieanlagen zeigt. Für neue und erfolgversprechende Wege legt die Studie den Grundstein. NRW kann es schaffen. Wir müssen und wollen es jetzt anpacken.

Wir suchen in dieser Ausgabe zudem Antworten zur Situation von Frauen in der NRW-Justiz und widmen uns der Jugend in der Pandemie, der wir eine Stimme geben wollen.

Viel Spaß bei der Lektüre
Josefine Paul und Verena Schäffer
Fraktionsvorsitzende

EDITORIAL

Inhalt

Jugend in der Pandemie	----- 3
Demokratie	----- 3
Klimastudie	----- 4
Zukunft Europas	----- 6
Frauen in der Justiz	----- 6
Moderne Landwirtschaft	----- 7

JUGEND IN DER PANDEMIE

JUGENDLICHEN EINE STIMME GEBEN!



NRW NEWS

Jugendliche gehören zu den Gesellschaftsgruppen, die von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie mit am stärksten betroffen sind. Insbesondere die Einschränkungen im Bildungsbereich, die Kontaktbeschränkungen, aber auch der Wegfall von Jugendzentren oder Sportvereinen haben den Alltag von jungen Menschen stark verändert und eingeschränkt. Aber gerade Jugendliche brauchen Kontakt zu Gleichaltrigen und Räume außerhalb des Schulalltags. Nur so können sie ihre Persönlichkeit entwickeln, lernen Verantwortung zu übernehmen oder auch einfach ihre Kreativität ausleben. Meist aber wurden Jugendliche auf ihre Rolle als Schüler*innen reduziert, häufig wurde ihnen wenig verantwortungsbewusstes Handeln unterstellt. Dabei haben gerade Kinder und Jugendliche einen großen solidarischen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie geleistet. Trotzdem wurde meist über sie, aber nicht mit ihnen gesprochen. Das zeigen auch die Ergebnisse verschiedener Studien. So nimmt ein nicht zu unterschätzender Teil von jungen Menschen wahr, dass ihre Sorgen nicht gehört werden, auch nicht von großen Teilen der Politik.

Es ist jetzt an der Zeit für mehr gesellschaftliche Solidarität mit jungen Menschen. Kinder und Jugendliche müssen bei der Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen endlich Priorität haben. Bisher erwies sich das leider nur als Lippenbekenntnis. Es braucht ein Umdenken: Junge Menschen brauchen mehr Unterstützung, sie wollen aber auch beteiligt und ernst genommen werden. Jugendliche sind Expert*innen in eigener Sache. Daher sollten sie auch als Ansprechpartner*innen wahrgenommen und einbezogen werden, insbesondere wenn es um ihre Belange geht. Dazu braucht es neben der generellen Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, neue Beteiligungsformate auf kommunaler und Landesebene.

Um die Folgen der Pandemie zu bewältigen, braucht es zudem ein NRW-Zukunftsfonds, der nicht nur Lernrückstände im Fokus hat, sondern Jugendliche mit all ihren Lebensbereichen ganzheitlich berücksichtigt. Denn Jugendliche sind mehr als nur Lernende.

Josefine.Paul@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Kinder, Jugend und Familie

TRANSPARENZ UND BETEILIGUNG

NEUER SCHWUNG FÜR UNSERE DEMOKRATIE



Seit jeher arbeiten wir GRÜNE im Landtag NRW für mehr Demokratie. Wie wir mit den Herausforderungen der Demokratie im 21. Jahrhundert umgehen können, diskutierten wir am 24. April im Rahmen der Grünen Demokratiekonferenz mit prominenten Gästen wie Heribert Prantl, Journalist bei der Süddeutschen Zeitung, der Grünen Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth, dem Rechtsextremismusforscher Andreas Speit sowie Sven Giegold MdEP und der Demokratiepädagogin Marina Weißband. Dabei wurde klar: Unsere Demokratie ist offen und leistungsfähig, aber sie steht vor enormen Herausforderungen. In der Corona-Pandemie wurden in einem in der Geschichte der Bundesrepublik nie gekannten Maß Grundrechte eingeschränkt; globale Aufgaben wie die Bekämpfung der Klimakrise und die Gestaltung der Digitalisierung erfordern immer schnellere, immer tiefgreifendere Veränderungen. Gleichzeitig erschüttern Skandale wie die Maskenaffären der Union Vertrauen. Und nicht zuletzt bedroht die Neue Rechte demokratische Akteur*innen. Die Antwort auf diese Herausforderungen kann nur sein, unserer Demokratie neuen Schwung zu geben. Durch mehr Transparenz und mehr Beteiligung. Für ein Mehr an Transparenz fordern wir seit Langem ein Informationszugangsgesetz und ein Lobbyregister mit legislativem Fußabdruck. Entsprechende Entwürfe haben wir zuletzt im März – erneut – in den Landtag eingebracht, doch bisher verweigern sich die Fraktionen von CDU und FDP leider.

Auch für mehr Beteiligung wollen wir die demokratische Mitbestimmung ausweiten. Denn der grüne Wandel, der gerade in NRW so viele alte Gewissheiten in Frage stellen wird, ist auch eine demokratische Herausforderung. Wir fordern deshalb einen Klima-Bürgerrat, bei dem Bürger*innen Wege hin zu einem klimaneutralen Land entwickeln. Die Teilnehmenden sollen zufällig ausgelost werden, aber in ihrer Zusammensetzung die Gesamtbevölkerung repräsentieren. Die Zufallsauswahl hat gegenüber anderen Beteiligungsverfahren den Vorteil, dass sie faire Beteiligung garantiert. Es werden also nicht nur diejenigen gehört, die ihre politischen Interessen sowieso schon gut vertreten können.

Matthi.Bolte@landtag.nrw.de,
Sprecher für Digitalisierung, Wissenschaft und Forschung

Studie zeigt Wege auf

NRW KLIMANEUTRAL IN 20 JAHREN – DAS GEHT!

Eine neue Studie im Auftrag der grünen Landtagsfraktion leistet, was die Regierung Laschet bislang versäumt hat. Sie zeigt einen Fahrplan auf, wie NRW klimaneutral werden und gleichzeitig Industriestandort bleiben kann. Die Studie liefert auf mehr als 400 Seiten ein Gesamtbild des technisch Machbaren beim Klimaschutz.

So detailliert wie nun für NRW liegt die Bewertung der Klimaschutzpotenziale noch für kein anderes Bundesland vor. Damit legt die Studie die Grundlage für den notwendigen gesellschaftlichen Diskussionsprozess über den besten Weg des Umbaus zur Klimaneutralität und Erreichung des 1,5-Grad-Ziels.

KLIMASCHUTZ
IN NRW

Die Ergebnisse sind ermutigend, weil sie deutlich zeigen, dass NRW die Chance hat, innerhalb von 20 Jahren klimaneutral zu werden. Und gleichzeitig zeigt die Studie auf, welche großen Veränderungen notwendig, möglich sind. Dies ist ein klarer Handlungsauftrag an die Politik, Klimaschutz umgehend mit konkreten und mutigen Maßnahmen zur Emissionsvermeidung anzugehen und die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen. Denn die Studie geht grundsätzlich von den schon heute verfügbaren technischen Möglichkeiten aus und liefert einen modellhaften, aber konkreten Fahrplan zur Klimaneutralität für jeden Sektor und die Zusammenführung zu einem Gesamtbild für NRW.

Die Landesregierung scheidet eine vergleichbare Analyse, weil sie offenlegen würde, wie weit die Klimaschutzpolitik von Schwarz-Gelb vom Möglichen und Notwendigen entfernt ist. Sie drückt sich vor konkreten Maßnahmen und setzt nur schwammig auf Innovationen in der Zukunft. Bestes Beispiel für diese Politik ist die erst kürzlich verabschiedete Überarbeitung des NRW-Klimaschutzgesetzes, das weder eine verbindliche Zielsetzung, noch konkrete Maßnahmen enthält. Dabei bietet ambitionierter Klimaschutz enorme Chancen, um unsere Wirtschaft weltweit wettbewerbsfähig zu machen und damit für unser Bundesland langfristig den Wohlstand zu sichern.

Raus aus der Kohle – bis 2030

Die Studie bestärkt uns in unserer Überzeugung, dass ein Kohleausstieg bis 2030 notwendig ist. Die Voraussetzungen dafür müssen umgehend geschaffen werden, insbesondere mit einem massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien. Doch bei beiden Punkten blockiert die Regierung Laschet und entlarvt ihre eigenen Klimaziele als Lippenbekenntnisse: Sie hält am viel zu späten Kohleausstieg

2038 fest und führt mit festen Mindestabständen ihre Blockade des Windenergieausbaus fort.

Klimaschutz sozialverträglich gestalten

Auch die soziale Frage von Klimaschutz hat die Studie im Blick. Maßnahmen wie das Energiegeld oder Transformationszuschüsse sind wichtige Ansätze, um Klimaschutz sozial gerecht umzusetzen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Mit Ideen wie der Aufgabe des Energiepflanzenanbaus, um Flächen für Lebensmittelanbau und Aufforstung zu erhalten, stößt die Studie spannende Debatten an.

Die Studie nimmt eine ehrliche Bestandsaufnahme vor und macht die Herausforderungen transparent. So stellt sie klar, dass eine Vollversorgung mit Energie aus erneuerbaren Quellen allein aus NRW nicht möglich ist und unser Bundesland auch in Zukunft auf den Import von klimaneutraler Energie angewiesen sein wird. Der Umbau kann zudem nicht komplett durch die Gestaltungskompetenzen auf Landesebene organisiert werden, NRW wird auf eine aktive und ambitionierte Klimapolitik der Bundesregierung und der EU angewiesen sein. Die Studie macht jedoch deutlich, dass die Landespolitik auch viele Möglichkeiten selbst in der Hand hat, etwa bei der Bereitstellung von Flächen für Erneuerbare Energien oder einer stärkeren Unterstützung der Kommunen bei ihren Klimaschutzbemühungen.

Sofortprogramm Klimaschutz

Diese Maßnahmen müssen vordringlich angegangen werden:

1. NRW braucht ein verbindliches **Klimaschutzgesetz**, das das Ziel Klimaneutralität bis 2040 aufnimmt. Hier braucht jeder Sektor einen Fahrplan, wie die Treibhausgase reduziert werden können.



2. Für den Umbau zur Klimaneutralität brauchen wir eine sofortige Ausbau-Offensive für **Erneuerbare Energien**. Der Windenergieausbau kommt wieder in Gang, wenn ausreichend Flächen gesichert und wirkungsvolle Teilhabemöglichkeiten für Bürger*innen geschaffen werden. Solarenergie sollte perspektivisch auf allen geeigneten Dächern zum Standard werden.

3. Ohne einen **Kohleausstieg bis 2030** kann NRW nicht rechtzeitig klimaneutral werden. Wir wollen den in der Kohlewirtschaft arbeitenden Menschen auch bei einem vorgezogenen Ausstieg eine Perspektive bieten. Die Leitentscheidung für das Rheinische Revier muss deshalb überarbeitet werden, auch um die bedrohten Dörfer zu sichern.

4. Das Land muss **Städte und Gemeinden** beim kommunalen Klimaschutz stärker unterstützen, denn Kommunen spielen bei dem anstehenden Umbau eine entscheidende Rolle. Zudem müssen hochverschuldete Kommunen über einen Altschuldenfonds entlastet werden, um Zukunft gestalten zu können.

5. Der Umbau zur Klimaneutralität macht die Industrie in NRW fit und wettbewerbsfähig für die Zukunft. Dafür braucht es im Industrieland NRW ein **Investitionspaket für Klima-Pionier*innen** in den Grundstoffindustrien. Weil für den Umbau der Industrie insgesamt viele Milliarden Euro notwendig sind, müssen parallel auf Bundes- und EU-Ebene weitere Maßnahmen auf den Weg gebracht werden.

6. Damit klar ist, wo die Nah- und Fernwärme ausgebaut werden kann und wo jedes Gebäude einzeln beheizt werden muss, müssen **kommunale Wärmeplanungen** gefördert werden. Kurzfristig sollte das Land zudem die Förderungen für klimafreundliche Wärmeversorgung und energetische Sanierung deutlich erhöhen.

7. Um den **Verkehr** möglichst schnell klimaneutral zu machen, müssen wir mehr Investitionen in klimafreundliche Verkehrsmittel lenken. Daher müssen alle Straßenbauvorhaben auf Zukunftsfähigkeit überprüft werden. Für den Schienenverkehr muss gemeinsam mit dem Bund eine Investitionsoffensive für die Elektrifizierung und Sanierung der maroden Schieneninfrastruktur auf den Weg gebracht werden. Für den Ausbau des ÖPNVs müssen den Kommunen notwendige Mittel zur Verfügung gestellt werden.

8. Die Ziele der vom Landtag beschlossenen Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ müssen endlich in ein ambitioniertes **Fahrradgesetz für NRW** gegossen werden und mit konkreten Maßnahmen hinterlegt werden.

9. Wir wollen **gerechten Klimaschutz**. Auf Landesebene sollte deshalb eine Sozialkomponente in die Klimaförderprogramme aufgenommen werden. Dadurch bekämen diejenigen, die wenig Geld haben, einen zusätzlichen Bonus - zusätzlich zu Maßnahmen auf Bundesebene wie dem Energiegeld. Zudem sollten landeseigene Bauvorschriften angepasst werden, um soziale Verwerfungen im Mietwohnungsbau zu verhindern.

10. NRW muss die Chancen der **Digitalisierung** für den Klimaschutz konsequent nutzen. Der Ausbau des schnellen Internets muss ab sofort allein mit Glasfaser und 5G erfolgen und bis 2030 flächendeckend erfolgt sein.

Als größtes Bundesland und Industrieland haben wir in NRW eine große Verantwortung, aber auch ein enormes Potenzial – packen wir es an!

Wibke.Brems@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Klimaschutz und Energie

MITMACHEN ERWÜNSCHT KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS



Die Europäische Union versucht, sich in einem breit angelegten Beteiligungsprozess neu zu erfinden. Viel ist bereits gesagt worden zu den strukturellen Defiziten der EU: Zu kompliziert, zu ineffizient und viel zu weit weg von den Lebenswirklichkeiten ihrer Bürger*innen. Nun soll genau hingehört werden, was die Menschen wollen. Beteiligen können sich alle Europäer*innen mit ihren Wünschen und Ideen über eine Online-Plattform. Mit den eingereichten Vorschlägen wird sich eine Plenarversammlung befassen. Dezentrale Diskussionsrunden von Finnland bis Portugal, von Dänemark bis Italien – auch in NRW – speisen viele weitere Anregungen in den Prozess ein. Dabei spielt es keine Rolle, ob man Vorschläge zur institutionellen Verfasstheit der EU oder Ideen zu konkreten Politikfeldern hat, beispielsweise für eine humane Migrationspolitik oder effektiveren Klimaschutz.

Und natürlich gibt es auch schon viele grüne Ideen, wie die EU in Zukunft aussehen und funktionieren könnte. Wichtig ist dabei vor allem der Abbau von Demokratiedefiziten, etwa durch europaweite Wahllisten, das Spitzenkandidatenprinzip und die Einführung von Mehrheitsentscheidungen anstelle des Einstimmigkeitsprinzips. Eine mehrsprachige, öffentlich-rechtliche Medienplattform soll eine europäische Öffentlichkeit schaffen. All das und noch viel mehr möchten wir als Landtagsfraktion mit Euch diskutieren und zahlreiche Ideen aus NRW in die Konferenz einbringen. Eine erste Diskussionsveranstaltung mit dem grünen MdEP Daniel Freund und weiteren Europa-Expert*innen hat bereits stattgefunden und viele spannende Anknüpfungspunkte geliefert. Im Landtag setzen wir uns mit einem Antrag dafür ein, dass zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereine bei der Durchführung solcher Veranstaltungen vom Land unterstützt werden, beispielsweise bei der Finanzierung von (Gebärden-)Dolmetscher*innen oder der Anmietung von Veranstaltungsräumen.

Wer sich einbringen möchte, kann dies direkt über die Plattform der EU tun: <https://futureu.europa.eu/>. Und selbstverständlich seid Ihr auch herzlich eingeladen, Euch mit Euren Ideen an uns zu wenden.

**Johannes.Rommel@landtag.nrw.de,
Sprecher für Europapolitik**

GROSSE ANFRAGE FRAUEN IN DER JUSTIZ



Wir GRÜNE setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der Frauen und Männer gleichberechtigt und selbstbestimmt leben – wohlwissend, dass dies häufig noch nicht der Fall ist. Vor allem Frauen stoßen immer wieder auf strukturelle und institutionelle Benachteiligung. Wie sich diese Situation in der Justiz in NRW darstellt, wollen wir mit einer Großen Anfrage an die Landesregierung herausfinden.

Frauen in Richterroben und auf den Lehrstühlen sind noch immer unterrepräsentiert. In den Zivil- und Strafsenaten der Oberlandesgerichte, den Führungspositionen der Landgerichte und bei den leitenden Oberstaatsanwält*innen liegt der Frauenanteil bei rund 25 Prozent.

Auch im Justizministerium sind nur 30 Prozent der leitenden Positionen mit Frauen besetzt. Die Entwicklung der dortigen Stellenbesetzungen zwischen 2017 und 2019 legen nahe, dass das Justizministerium dieser Lage nicht strukturell entgegenwirkt, obwohl das Landesgleichstellungsgesetz ausdrücklich die Förderung von Frauen vorsieht, um bestehende Benachteiligungen abzubauen.

Auch die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden muss sensibel für die Bedarfe von Frauen sein. Frauen benötigen einen wirksamen Schutz vor Gewalt und Strukturen, die gerade das Dunkelfeld von Gewaltstraftaten aufdecken. Statistisch gesehen ist jede dritte Frau in Deutschland mindestens einmal in ihrem Leben von Gewalt betroffen. Aber nur relativ wenige sprechen darüber und noch weniger Frauen bringen Angriffe – insbesondere bei sexualisierter und häuslicher Gewalt – zur Anzeige. Nicht zuletzt ist für uns auch von Interesse, wie das Land auf Frauen in Haft eingestellt ist. Der Anteil an Frauen in NRW-Gefängnissen ist weitaus geringer als der von Männern, weshalb ihre Bedarfe oftmals übersehen werden. Um allerdings auch weiblichen Inhaftierten eine gelungene Resozialisierung zu ermöglichen, bedarf es Konzepten und Verfahren im Justizvollzug, die ihre Bedürfnisse berücksichtigen.

Aus den Antworten wollen wir Handlungsempfehlungen und Strategien ableiten, um die Bedingungen für Frauen in der NRW-Justiz verbessern zu können.

**Stefan.Engstfeld@landtag.nrw.de, Sprecher für Recht und Justiz
Josefine.Paul@landtag.nrw.de, Sprecherin für Frauenpolitik**

ERNÄHRUNG IM WANDEL

DIE AGRARWENDE GELINGT NUR GEMEINSAM



Der Umgang mit Lebensmitteln ändert sich: Immer mehr Menschen achten auf die Herkunft der Produkte und hinterfragen, wie sie produziert wurden. Die Pandemie hat diese Entwicklung zusätzlich verstärkt und so rücken auch die Landwirtschaft und unser Ernährungssystem wieder in den Fokus der Gesellschaft. Wer erntet unseren Spargel? Wie werden Tiere gehalten? Unter welchen Bedingungen wird an Schlachthöfen gearbeitet? Weil wieder mehr zu Hause gekocht wird, stellt sich vermehrt die Frage nach der Qualität und der Herkunft der Zutaten – und so unter anderem nach der Verantwortung der Agrarpolitik. Und da ist derzeit einiges in Bewegung: In Brüssel wird die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) für die Jahre 2023 bis 2027 reformiert, in Berlin diskutiert die Zukunftskommission Landwirtschaft über Konflikte und Lösungen und die Borchert-Kommission – bestehend aus Vertreter*innen aus Wissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft, Praxis und Umweltverbänden – hat Empfehlungen vorgelegt, wie die Nutztierhaltung umgebaut werden sollte. Weil in NRW 47 Prozent der Landesfläche landwirtschaftlich genutzt werden und die Ernährungswirtschaft in erheblichem Maße zur Wertschöpfung beiträgt, betreffen uns diese Prozesse besonders.

Gleichzeitig wachsen die gesellschaftlichen und politischen Erwartungen an die Landwirtschaft: Landwirtschaft soll nicht mehr nur Nahrungsmittel produzieren, sondern auch Umwelt und Tiere schützen und zum Klimaschutz beitragen. Gleichzeitig leiden Bäuer*innen unter Preisdruck, steigenden Auflagen und einer zum Teil stark verzerrten Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Viele Betriebe geben auf – nicht zuletzt auch wegen einer Agrarpolitik, die jahrzehntelang nur Effizienz, Ertragssteigerungen und Exportorientierung im Blick hatte. Die Herausforderungen nehmen nicht ab: Wie kaum eine andere Branche ist die Landwirtschaft von Klima und Wet-

ter abhängig. Damit hat sie gleichzeitig stark mit den Auswirkungen der Klimakrise zu kämpfen und kann wiederum durch verantwortungsvolle Nutztierhaltung und Grünlandbewirtschaftung zur Biodiversitätserhaltung und zum Klimaschutz beitragen.

Wir GRÜNE erkennen diese Herausforderungen und Zielkonflikte an und suchen Wege, diese Problematiken aufzulösen oder in Einklang zu bringen. So setzen wir uns auf Landesebene für den Ausbau nachhaltiger und ökologischer Produktionsprozesse ein. Hierbei spielt auch die Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Ausbildung und die Vermittlung von Wissen zu nachhaltigen Produktionsmethoden eine Rolle. Zugleich erkennen wir an, dass die landwirtschaftlichen Betrieben unter erheblichem ökonomischen Druck stehen. Es gibt Potenziale, diesen durch alternative und regionale Vermarktungsstrukturen abzumildern.

Eine höhere Wertschätzung gegenüber der Leistung der Bäuer*innen und den produzierten Lebensmitteln muss zum einen dazu führen, dass der Lebensmitteleinzelhandel und auch wir Verbraucher*innen Preise für unsere Lebensmittel zahlen, die die wahren Kosten der Produktion abdecken. Zum anderen können wir so Lebensmittelverluste reduzieren. Auch die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements vor Ort hilft, Alternativen aufzuzeigen. All diese Aspekte bringen wir auch in die fraktionsübergreifende Enquetekommission «Landwirtschaft in NRW» ein, um eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu realisieren. Diese soll Bäuer*innen neue, langfristige Perspektiven eröffnen, um jenseits einer immer weiteren Agrarintensivierung im Einklang mit Tieren, Umwelt und Gesellschaft zu wirtschaften.

Norwich.Ruesse@landtag.nrw.de,

Sprecher für Landwirtschaft, Tier-, Natur- und Umweltschutz

ABO/DATENSCHUTZ

Mitglieder von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen erhalten die Informationen aus dem Landtag NRW – GRÜN.KOMMT – regelmäßig zusammen mit dem Magazin der Bundespartei. Als Nicht-Mitglied haben Sie jederzeit die Möglichkeit, die GRÜN.KOMMT kostenlos zu abonnieren. Schreiben Sie uns dafür eine Nachricht per Mail oder Post. Das gilt natürlich auch für Abbestellungen – Ihre Daten werden dann vollständig gelöscht.

Als Abonnent*in haben Sie selbstverständlich ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) und Übertragbarkeit der über Sie gespeicherten Daten sowie ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Ferner haben Sie das Recht, Ihre erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Um Ihre Rechte uns gegenüber geltend zu machen, schreiben Sie bitte an datenschutz.gruene@landtag.nrw.de.

NEWSLETTER

Aktuelle Informationen erhalten Sie per E-Mail mit unserem Newsletter »Landtag aktuell«, wenn Sie sich über unsere Homepage www.gruene-fraktion-nrw.de anmelden oder uns eine E-Mail an gruene-pressestelle@landtag.nrw.de schicken. Er erscheint in jeder Plenarwoche mit einer Vorschau auf die Themen der Woche.

IMPRESSUM

Herausgeber (v.i.S.d.P):
GRÜNE Fraktion im Landtag NRW
Mehrhad Mostofizadeh MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Kontakt:
Tel 0211 884-2887
Fax 0211 884-2890
www.gruene-fraktion-nrw.de
gruene-pressestelle@landtag.nrw.de



GrueneFraktionNRW



@gruenefraknrw



gruene_fraktion_nrw

Redaktion:
Guido von Wiecken

Gestaltung:
Guido von Wiecken

Bildnachweis:
S. 1/8, S. 2, 3r, 6r: Guido von Wiecken
@GRÜNE im Landtag – S. 3l: Free-
photos@pixabay.com – S. 5: DerNi-
ederRainer@Unsplash.com – S. 6l:
Andrzej Rembowski@Pixabay.com – S.
7: Chris Ensminger@Unsplash.com

An dieser Ausgabe haben außerdem
mitgewirkt: Tamer Düzyol, Sonja Fas-
bender, Rebecca Joest, Haitam Khalil,
Patrick Motté, Julia Schönbeck, Kris-
tina Zippel

Stand: Juni 2021

Dieses Magazin darf nicht zu Wahlwer-
bezwecken verwendet werden.

